

## Grenchen 14.11.08

Heute, nach 90 Jahren, gewinnt die Erinnerung an den Generalstreik vom November 1918 endlich einen Stellenwert, der diesem Grossereignis in der Geschichte der Schweizerischen Arbeiterbewegung, aber nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern Geschichte des Bundesstaates überhaupt zukommt. Manchmal dauert es lange, bis geschichtliche Vorgänge in ihrer ganzen Dimension wahrgenommen werden. Auch wenn die Erinnerung daran lange verdrängt worden ist, war und bleibt der Landesgeneralstreik das wichtigste innenpolitische Ereignis der Schweiz des 20. Jahrhunderts.

Geografisch liegen die zwei wichtigsten Erinnerungsorte an den Generalstreik im Kanton Solothurn. Einerseits vielleicht etwas zufällig in Olten, weil das Oltner Aktionskomitee den Namen dieses Verkehrsknotenpunkts trägt. An den Aufruf des Oltner Aktionskomitees erinnert das erste Denkmal zum Generalstreik, das am letzten Dienstag, am 11.11., in Olten eingeweiht wurde.

Die Erinnerung an die Ereignisse in Grenchen ist nicht weniger wichtig. Sie muss heute umso mehr im Vordergrund stehen, als es sich um eine traumatische und verdrängte Erinnerung handelt, die nicht nur für diese Stadt schwer wiegt, sondern auch in der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung endlich den Platz bekommen muss, der ihr zusteht.

Der Generalstreik war am 14. November 1918 vom Oltner Aktionskomitee bereits abgebrochen worden, als die aufgebotene Truppe drei Arbeiter erschoss, den 29jährigen Hermann Lanz, den 17jährigen Marius Noirjean und den 21jährigen Fritz Scholl. Die in der Dokumentation des Museums Grenchen zusammengetragenen Fakten sind erschütternd. Schüsse von hinten, auf eine Distanz von wenigen Metern, ein von hinten zertrümmerter Kopf, ein Opfer mit den Händen in den Hosentaschen. Das sind nichts anderes als Morde, brutale Morde, an unbewaffneten Arbeitern, die zu flüchten suchten. Legitimiert wurde dieser Militäreinsatz durch die Befehle von oben, durch jenen Teil der Armeespitze, die den Bürgerkrieg, die diktatorische Durchsetzung ihrer Ziele mit Waffengewalt wünschten. Der Platzkommandant in Zürich, Divisionär Sonderegger, der später zum führenden Frontisten wurde, liess ja

seiner Truppe sogar Handgranaten verteilen, zum möglichen Einsatz gegen die eigene Bevölkerung. Es spricht für das Verantwortungsbewusstsein des Oltnen Aktionskomitees, dass es jedes Blutvergiessen vermeiden wollte, auch wenn der Streikabbruch zunächst zu einer empfindlichen Niederlage der Arbeiterbewegung führte.

Die Dokumentation des Grenchner Museums zeigt, wie der Bundesrat – und überhaupt die Behörden und die Gerichte - die Grenchner Morde nachher gerechtfertigt haben; diese Stellungnahmen zu den Ereignissen von Grenchen sind eine Schande für die demokratische Schweiz. Bestraft und sanktioniert wurden nicht die Mörder, und jene, die sie legitimiert haben, sondern diejenigen, die für die berechtigten Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter friedlich auf die Strasse gingen. Diese schreiende Ungerechtigkeit darf so nicht stehen bleiben.

Aber dass diese Schande so nicht stehen bleibt, dafür braucht es zuerst eine Bewegung, und eine Stadt, die sich ihre Geschichte wieder aneignet. Die Morde von Grenchen gehören zu den inneren Einsätzen des Militärs, das seit Mitte des 19. Jahrhunderts im sogenannten Ernstfall dreimal geschossen hat, und dreimal war es auf Arbeiter. Zuerst 1875 beim Bau des Gotthardtunnels, als die Arbeiter gegen die unhaltbaren sozialen und gesundheitlichen Zustände auf der Baustelle protestierten. Dann in Grenchen 1918 und schliesslich 1932 in Genf, als die Armee 13 Menschen erschoss, die an einer antifaschistischen Demonstration teilgenommen hatten. An diese Tatsachen müssen wir erinnern; diese Tatsachen dürfen nicht vergessen werden. - Willi Ritschard, der Solothurner Arbeiterbundesrat, wusste, weshalb er als Bundesrat zurückgetreten wäre, wenn die Armee in Kaiseraugst zum Einsatz gekommen wäre, was er dadurch zu verhindern wusste. Es ist wichtig, dass jüngere Generationen das wieder wissen, dass sie sich daran erinnern.

Aber wenn die Erinnerung an den Generalstreik in Grenchen diese bittere und schmerzhafteste Dimension hat, so wollen wir trotzdem nicht vergessen, was der Generalstreik in der Schweizer Geschichte, und in der Geschichte der Schweizerischen Arbeiterbewegung bedeutet.

Endete die Streikbewegung nach dem Einsatz der Armee zunächst in einer Niederlage, so war sie auf längere Sicht trotzdem ausserordentlich erfolgreich. Was das gerade in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder aufgetretene Paradox bestätigt, dass kurzfristige Niederlagen sich längerfristig unversehens zu Erfolgen wenden. Im Rückblick formulierten die neun Forderungen des „Aufruf zum Generalstreik“ vom 11. November 1918 – heute vor 90 Jahre – nämlich nicht weniger als das Programm für den sozialen und politischen Fortschritt in der Schweiz im 20. Jahrhundert.

Einige der Forderungen wurden rasch realisiert, zum Beispiel das Proporzwahlrecht und der Acht-Studentag bei damals allerdings noch sechs Arbeitstagen in der Woche. Was das bedeutete, kann man daran ermessen, dass die Höchstarbeitszeit pro Woche damals auf einen Schlag um mindestens sechs Stunden, also von 54 auf 48 Stunden, verkürzt wurde, ohne jede Lohnreduktion. So etwas gab es vorher und nachher nie mehr. Dazu kamen weitere sozialpolitische Fortschritte, der sogenannte „sozialpolitische Galopp“ in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre.

Bei anderen Forderungen dauerte es bekanntlich länger. Bis zur Einführung AHV, der grössten sozialpolitischen Errungenschaft der Arbeiterbewegung – und überhaupt des schweizerischen Bundesstaates – ging es dreissig Jahre, eine ganze Generation. Und die Frauen mussten sogar bis 1971, also mehr als fünfzig Jahre, warten, bis ihnen die Männerdemokratie das Stimm- und Wahlrecht endlich zubilligte. Aber Schritt um Schritt, den vielen Rückschlägen zum Trotz, konnten die berechtigten Forderungen des Aufrufs zum Generalstreik realisiert werden. Die in der Schweiz in dieser Grössenordnung nie dagewesene Streikbewegung hatte dem Programm mit seinen Forderungen elementarer Gerechtigkeit das nötige Gewicht verliehen. Das Bürgertum konnte und wollte keine zweite solche Konfrontation mehr riskieren.

Wo stehen wir heute, acht Jahre nach dem Beginn des 21. Jahrhunderts? Weniger als zwanzig Jahre ist es her, seit nach dem Fall der Berliner Mauer das „Ende der Geschichte“ verkündet wurde. Die Jahre seither sind politisch von erschreckenden Rückfällen in einen überholt geglaubten Nationalismus und Rassismus und eine vorher schwer vorstellbare Ethnisierung der Politik geprägt. Oekonomisch und gesellschaftlich waren es Jahre, die von den Forderungen der Neoliberalen geprägt

wurden: Lohnexzesse und Steuervorteile für die hohen und höchsten Einkommen einerseits, Druck auf die kollektiven Regulierungen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und insbesondere auf den Sozialstaat auf der anderen Seite. Also nichts anderes als ein Klassenkampf, nämlich ein Klassenkampf von oben nach unten. Dieser Zyklus kommt an sein Ende. Der Beinahe-Zusammenbruch des Finanzsektors ist ein Ausdruck davon. Er ist durch den Monetarismus an den Abgrund gebracht worden, aus dem nur in ihrem Ausmass bis vor kurzem unvorstellbare staatliche Interventionen wieder heraushelfen können. Wieder, wie zur Zeit des Generalstreiks, operiert der Bundesrat ausserhalb aller normalen Regeln der Rechtssetzung, mit Notrecht, diesmal um die UBS retten zu können. Das 68-Milliarden-Paket zugunsten der UBS übersteigt die finanziellen Dimensionen, die die Schweiz je gesehen hat, um ein Vielfaches.

Wir leben in widersprüchlichen, aber auch dialektischen Zeiten. Sie sind nicht nur geprägt vom Beinahe-Zusammenbruch des Finanzsektors. Vor einer Woche hat die Kategorie des Fortschritts für alle weltweit sichtbar wieder Einzug in die Geschichte gehalten, und für einmal hat das extrem reduktionistische amerikanische Wahlsystem wieder einen realen Gegensatz auf den Punkt gebracht. Wer aber glaubt, dass die Imagination amerikanisch sei und sich bei uns sowieso nie etwas ändert, dem sei gesagt, dass auch in der schweizerischen Gesellschaft mehr in Bewegung ist als man oft glaubt. Aber es braucht auch in der Schweiz endlich wieder eine klare Perspektive für den Fortschritt. In Richtung sozialer Errungenschaften, die sich an den heutigen sozialen Bedürfnissen orientieren, und damit für eine Reformpolitik, die sich wieder am Positiven für die Menschen und nicht am Abbau orientiert. Und der Sozialstaat und der Leistungsstaat als Bedingung und Voraussetzung der Freiheit der Menschen und nicht als Gegensatz dazu. Und für mehr Chancengleichheit und persönliche Freiheit und die Bejahung der Vielfalt der Menschen nach ihrer Herkunft. Und gegen die Verkürzung der demokratischen Rechte. Es verletzt die demokratischen Prinzipien, wenn Menschen während Jahrzehnten hier leben und arbeiten oder sogar hier geboren sind und trotzdem kein Stimm- und Wahlrecht haben.

Die Geschichte ist nicht einfach etwas für die Gelehrten. Die Herausforderungen für die Zukunft bewältigen wir nur, wenn wir unsere Geschichte kennen. Die grosse

Tradition der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbewegung, verpflichtet uns, nach vorne zu blicken. Die Arbeiterbewegung war die erste politische Bewegung armer und unterdrückter Menschen, die als politisches Subjekt die Lebensbedingungen machtpolitisch wirksam verändert hat. Dieses grosse Erbe verpflichtet uns, es auch für die Zukunft fruchtbar zu machen.

Denn es bleibt dabei: Als einzelne – und Vereinzelte – haben die abhängig arbeitenden Menschen wenig zu sagen. Aber wenn sich die Abhängigen zusammenschliessen, dann haben sie eine grosse Macht. Und der Streik ist, wie die Geschichte zeigt, und wie aktuell vor wenigen Monaten wieder in Bellinzona demonstriert worden ist, ein friedliches, aber sehr wirksames Kampfmittel.

14. 11.2008

Paul Rechsteiner